Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 18,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 133. Montag den 12. Mai 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

In der Zeit vom 21. bis 26. April 1884 erlangten das hiesige Bürgerrecht:

Aldrecht, Gustav Adolf, Fleischermeister.
Beck, Friedrich August, Gerichtsschreiber.
Böttiger, Johann Heinrich, Stadtorchestermitglied.
Clarus, Dr. med. Ernst August Albrecht, praktischer Arzt.
Dürsch, Friedrich August, Privatmann.
Dumont, Bernhard Emil, Kaufmann.
Freygang, Bruno Max, Gerichtsvollzieher.
Geigenmüller, Wilhelm Hermann, Polizeiamts-Registrator.
Gerhardt, Carl Heinrich, Forstaufseher.
Gerken, Friedrich Hermann, Expedient beim Amtsgericht.
Hantzsch, Arthur Rudolph, Privatdocent und Assistent an der Universität.
Hennig, Friedrich August, Fleischer.
Hennig, Johann Carl, Stereotypeur.
Hoffmann, Gustav Felix, Bankbeamter.
Kleinert, Dr. Johann Carl Eduard, Commissar.
Knötter, Ernst Paul, Xylograph.
Köhler, Friedrich Bernhard, Tischlermeister.
Krahl, Fridor Max, Agent.
Lehmann, Carl Theodor, Grundstücksbesitzer.
Lindner, Paul Benjamin, Königl. Domänenrath.
Littmann, August Baldwin, Theatersekretair a. D.
Magk, Dr. phil. Eugen, Lehrer.
Müller, Gustav Albert, Lithograph.
Müller, Paul Theodor, Procurist.
Portmann, Gustav Johannes, Tischlermeister.
Reichhauer, Carl Hugo, Cassenbote.
Rotzberger, Heinrich Louis, Architekt.
Rudolph, Friedrich Gottfried, Botenmeister.
Schiller, Friedrich Louis, Lithograph.
Schmidt, Dr. med. Julius Arnold Clemens, Assistenzarzt.
Schneider, Adolf Theodor, Bureau-Assistent beim Kaiserl. Post-Amt.
Seidel, Ernst Wilhelm, Eisenbahnassistent.
Singer, Heinrich Gottlieb, Referendar.
Steger, Friedrich Wilhelm, Maurermeister.
Steinbeck, Böttcher, Gerichtsvollzieher.
Stockmann, Gustav Adolf, Gerichtsschreiber.
Stuhn, Carl Gustav, Gerichtsschreiber.
Süß, Hermann Adolf, Amtsgerichts-Expedient.
Vollrath, Wilhelm Eduard, Dreschkastenaufseher.
Weidenmüller, Carl Reinhold, Lehrer.
Werthlog, Friedrich Louis, Landgerichtsdiener.
Wiegner, Carl Wilhelm, Cultusrechnungsführer.

In Nr. 123 vom 2. Mai muß es in der Bekanntmachung, über stattgefundene Bürgerverpflichtungen anstatt:

Kühn, Carl Robert, Universitäts-Cassator,

heißen:

Kühn, Carl Robert, Universitäts-Cassiter-Assistent.

Bekanntmachung.

Das **Freibad** am Kopfwehr wird am 15. laufenden Monats eröffnet. Die Beaufsichtigung desselben haben wir auch in diesem Jahre Herrn Fischermeister **Carl Wilhelm Meißner** übertragen.

Für Benutzung des Bades gelten die unter ⊙ nachstehenden Vorschriften.

Leipzig, den 6. Mai 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretzschmer.

⊙

1) Die Anstalt kann in der Zeit von Morgens 5 bis Mittags 1½ Uhr und von Nachmittags 3½ Uhr bis zum Dunkelwerden unentgeltlich benutzt werden.

2) Die tägliche Schlußzeit wird durch zwei Zeichen mit der Glocke angegeben.

3) Nach dem ersten Zeichen wird Niemand mehr eingelassen, nach dem zweiten haben die Badenden sich sofort aus den Bassins und sodann mit möglichster Beschleunigung aus der Anstalt zu entfernen.

4) Erwachsene werden in das Bad nur gelassen, wenn sie mit Badehosen versehen sind.

5) Die Perrons, Brücken, Aus- und Ankleidestellen, Bassins und sonstigen Räumlichkeiten der Anstalt dürfen in keiner Weise verunreinigt werden.

6) Niemand darf den Anderen bespritzen, untertauchen oder sonst belästigen.

7) Alles unnöthige Schreien, Lärmen und Herumlaufen in der Anstalt ist untersagt.

8) Abwaschungen mit Seife dürfen nur an dem dazu bestimmten Orte vorgenommen werden.

9) Das Ein- und Aussteigen darf nur auf den Treppen geschehen.

10) Die jedesmalige Benutzung der Anstalt ist auf die Dauer einer Stunde beschränkt.

11) Das Mitbringen von Hunden in die Anstalt ist verboten.

12) Das Betreten der Rasenböschungen, das Ueberspringen der Barrieren und das Baden in den Zu- und Abflußgräben ist nicht gestattet.

13) Jeder Besucher der Anstalt hat dem Aufseher auf dessen Verlangen seinen Namen und Stand, sowie seine Wohnung zu nennen.

14) Den Anordnungen des Aufsehers ist unweigerlich Folge zu leisten.

15) Widersetzlichkeiten gegen denselben oder Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe oder Haft, oder auch mit dem Verbote fernerer Benutzung der Anstalt geahndet.

Bekanntmachung.

Zu der **Auffüllung** einer **Eisterlache**, westlich der **Waldstraße** und nördlich der Sedanstraße gelegen, werden vom 12. dss. Mts. an Fuhren mit Erde, Bauschutt (aus Stein, Sand, Kalkmörtel und Erde bestehend), Sand und Kies gegen Schuttmarken à 60 Pfennige angenommen.

Die Anfuhr geschieht von der Waldstraße und Sedanstraße aus.

Leipzig, am 8. Mai 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Herstellung von Erdarbeiten in den Straßen an dem Platze E des nördlichen Bebauungsplanes und auf dem Platze selbst soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Erdarbeiten auf dem Platze E"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 19. laufenden Monats Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, den 10. Mai 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung versteckter Fußwegübergänge und erhöhter Fußwege in dem Johanna-Park soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Fußwegübergänge in dem Johanna-Parke"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum **17. laufenden Monats Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 6. Mai 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Montag, den 12. dss. Mts., Vormittags 10 Uhr, sollen im städtischen Armenhause am Tändchenwege nachbenannte Gegenstände gegen Baarzahlung und unter den vor der Auction bekannt zu gebenden Bedingungen öffentlich versteigert werden:

Alte hölzerne Abtrittsschläuche, gußeiserne Pissoirbecken, 2 auseinandergenietete schmiedeeiserne Bassins, kupferne Ausgußbecken, altes Bleirohr, Steinzeugrohre und dergl.

Leipzig, den 7. Mai 1884.

Das Armen-Directorium.
Ludwig-Wolf.

Stadtbibliothek.

Wegen Reinigung der Expeditionszimmer bleibt die Stadtbibliothek Montag den 12. Mai geschlossen.

Dr. Wustmann.

Erstatteter Anzeige zufolge ist der ledige Friedericke Emma Zemmer aus Trödorf das ihr unterm 1. August 1882 vom Gemeindevorstand zu Plagwitz ausgestellte Dienstbuch abhanden gekommen.

Im Auffindungsfalle ist dasselbe bei uns abzugeben.

Leipzig, den 6. Mai 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Breitschneider. B.

Erstatteter Anzeige zufolge hat die ledige Selma Auguste Deckner aus Hartmannsdorf ihr vom Stadtgemeinderath Kriebstein am 30. März 1875 ausgestelltes Dienstbuch in hiesiger Stadt verloren.

Im Auffindungsfalle ist das Buch bei uns abzugeben.

Leipzig, am 8. Mai 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Breitschneider. B.

Das für Anna Härtel aus Landau unter dem 20. Juni 1882 von der dortigen Polizeiverwaltung ausgestellte Dienstbuch ist vor längerer Zeit in hiesiger Stadt verloren gegangen und im Auffindungsfalle anher abzuliefern.

Leipzig, am 8. Mai 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Breitschneider.

Nichtamtlicher Theil.

Die Verlängerung des Socialistengesetzes.

Am 10. Mai, dem Jahrestage des Frankfurter Friedens, durch welchen einer der blutigsten Kriege beendet wurde, hat auch der Reichstag mit den verbündeten Regierungen Frieden geschlossen und die Verlängerung der Geltung des Socialistengesetzes bis zum 30. September 1886 genehmigt. Die Annahme des Gesetzes war nach den seit der Commissionssitzung vom 1. Mai hervorgetretenen Symptomen, durch welche es zur Gewißheit wurde, daß ein Theil des Centrums für die Vorlage stimmen würde, wahrscheinlich, aber auf eine Mehrheit von 32 Stimmen für die Verlängerung des Gesetzes hatten wohl nur Wenige gerechnet. Bei der allgemeinen Ungewißheit über den Ausgang des parlamentarischen Kampfes, welche noch am Tage der Abstimmung herrschte, erschien die Befürchtung gerechtfertigt, daß die Annahme nur mit sehr geringer Majorität erfolgen würde. Der Reichstag war am Entscheidungstage gut besetzt, nur 50 Mitglieder fehlten bei der Abstimmung und auch von diesen hat noch ein Theil der Sitzung beigewohnt. Die Annahme des Gesetzes ist dadurch herbeigeführt worden, daß eine Anzahl Abgeordnete von der freisinnigen Partei und vom Centrum für dasselbe gestimmt, andere Mitglieder dieser beiden Parteien sich der Abstimmung enthalten haben, abgesehen von diesen bestand die Mehrheit aus den Conservativen und den Nationalliberalen.

Es darf als feststehend betrachtet werden, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes mit dem Ergebniß der Abstimmung einverstanden ist, und zwar in viel ausgedehnterem Maße, als das Stimmverhältniß im Reichstage anzudeuten scheint. Ein großer Bruchtheil der freisinnigen Wähler steht in dieser Frage nicht hinter den Abgeordneten, welche gegen das Gesetz gestimmt haben, und deshalb haben es auch die Reiseprediger der Freisinnigen bei ihren letzten Agitationsfahrten geflissentlich vermieden, sich über die Stellung der Partei zur brennenden Frage der Verlängerung des Socialistengesetzes zu äußern. Im Volke lebt die Ueberzeugung, daß durch die fortdauernde Geltung des Gesetzes Ruhe und Ordnung besser verbürgt sind als durch die Aufhebung oder Abänderung desselben. Als die Nachricht von der Annahme bekannt wurde, war die Befriedigung darüber auf den Gesichtern der Meisten zu lesen, auch solcher, die mit der inneren Politik des Fürsten Bismarck in wesentlichen Fragen nicht einverstanden sind; es war, als ob man von einem lange Zeit empfundenen Alpdruck befreit wäre. Andererseits war bei den Gegnern der Verlängerung nichts von Aerger oder gar von Erbitterung zu spüren, die erfolgte Annahme des Gesetzes brachte nur die Gewißheit darüber, was die Gegner erwartet hatten, wenn sie auch Das, was sie dachten, nicht äußerten. Der seit nunmehr sechs Jahren bestehende Zustand ist in der That auch für die Socialdemokraten keineswegs unerträglich, sie haben sich im Laufe der Zeit an Mäßigung und an eine Form des Auftretens gewöhnt, welche den bestehenden Verhältnissen angepaßt ist. Dadurch werden Störungen der öffentlichen Ordnung vermieden und die berechtigten Ansprüche der Partei gelangen unter solchen Umständen weit leichter und sicherer zur Anerkennung, als es der Fall sein würde, wenn sie in brüskirender und rücksichtsloser Form erhoben würden. Es hindert auch nichts, allmälig eine mildere Praxis bei Handhabung des Gesetzes walten zu lassen, wenn die Partei von der ihr eingeräumten größeren Freiheit verständigen Gebrauch macht. Der Abgeordnete Geiser sagte am Sonnabend, daß der Zürcher „Socialdemokrat" seine Sprache mäßigen würde, wenn das Socialistengesetz aufgehoben würde; seine jetzige Haltung sei nur eine Folge dieses Gesetzes, die socialdemokratische Presse würde überhaupt, wenn ihr wieder Raum gegeben würde, einen Ton anstimmen, welcher keinen Anlaß zur Klage gebe. Vielleicht entspricht das den Wünschen des Abgeordneten Geiser, aber wir erlauben uns doch, unsere bescheidenen Zweifel zu äußern, ob die Thatsachen mit diesen Wünschen übereinstimmen würden. Uebrigens ist ja der Versuch auch unter der Geltung des Socialistengesetzes nicht ausgeschlossen, daß die Socialdemokratie auch bei Verfolgung ihrer Parteiziele die bestehenden allgemeinen Gesetze achtet und die vorhandene staatliche Ordnung als unantastbar gelten läßt. Sobald die revolutionaire Tendenz der Partei verschwindet, so fällt auch jeder Grund zur Klage auf Seiten der Ordnungsparteien fort. Fürst Bismarck hat in der Reichstagssitzung vom 9. Mai klar und bestimmt die Ziele bezeichnet, welche die verbündeten Regierungen in socialpolitischer Beziehung verfolgen: Dem Arbeiter Arbeit zu sichern, so lange er gesund ist, ihm Schutz zu gewähren, wenn er krank ist, und ihn zu unterstützen, wenn er arbeitsunfähig ist. Dieses Anerbieten läßt an Annehmbarkeit gewiß nichts zu wünschen übrig, und es kann nicht fehlen, daß ein großer Theil der Socialdemokraten dazu seine Zustimmung geben wird.

Die Folgen der Abstimmung vom Sonnabend werden alsbald in der wohlthuendsten Weise hervortreten. Der Reichstag wird seine Arbeiten ununterbrochen fortsetzen und hoffentlich in nicht zu langer Zeit zu einem gedeihlichen Ende führen. Die Arbeiten der Commission für das Unfallversicherungsgesetz erhalten dadurch auch eine sehr willkommene Förderung. Der Reichskanzler hat bestimmt erklärt, daß der Reichstag solange versammelt bleiben wird, bis die Entscheidung über das Unfallversicherungsgesetz getroffen ist. Die Schwierigkeiten, welche in dieser Materie zu überwinden bleiben, sind zweifellos groß, aber wenn auf allen Seiten der gute Wille herrscht, etwas zu Stande zu bringen, so wird das Ziel auch erreicht werden. Daß die verbündeten Regierungen es ihrerseits auch nicht an Entgegenkommen fehlen lassen dürfen, versteht sich von selbst.

Als eine besonders erfreuliche Wirkung der Abstimmung vom 10. Mai begrüßen wir die immer klarer hervortretende Thatsache, daß die Socialpolitik der verbündeten Regierungen bedeutend an Boden gewonnen hat, man erkennt in immer weiteren Kreisen, daß die Absicht, den Wünschen der Arbeiter auf gesetzlichem Wege Rechnung zu tragen, ein glücklicher und der allgemeinen Förderung würdiger ist. Auch dafür bricht sich mehr und mehr das Verständniß Bahn, daß die Lösung der socialen Frage keine Parteisache ist, sondern daß vielmehr alle Parteien mit dem Arbeiterstande zur Erreichung des Zieles in friedlicher, ernster Arbeit zusammenwirken müssen. Der Anfang, die sociale Frage aus den Parteiprogrammen auszuscheiden, ist am 10. Mai bereits mit Erfolg gemacht worden. Die sonst so außerordentlich straffe Parteidisciplin des Centrums hat, vor die Frage der Verlängerung des Socialistengesetzes gestellt, die Probe nicht bestanden; Windthorst war gestattet, seinen Parteigenossen in dieser Angelegenheit volle Freiheit zuzugestehen. Derselbe Vorgang hat sich in der freisinnigen Partei wiederholt, und wenn auch durch die beiden Hauptredner, v. Stauffenberg und Richter, der seit dem 5. März geschlossene Bund in überaus verständiger Form als fortbestehend anerkannt wurde, so hat doch diese Vereinbarung nicht hindern können, daß ein Theil der neuen Partei für die Verlängerung des Socialistengesetzes gestimmt hat, also damit dem Parteiprogramm entgegengehandelt hat. Diese Thatsache ist sehr beachtenswerth und sie wird bei den bevorstehenden Wahlen sich noch weit umfassender geltend machen. Die Wähler werden sich zunächst darüber vergewissern, wie die Candidaten für den Reichstag in socialpolitischer Beziehung denken, das sonstige Programm wird davon streng getrennt zu halten sein. In diesem Sinne fassen wir auch die Erklärung des Fürsten Bismarck auf, daß die politischen Parteien in Zukunft Interessengruppen werden weichen müssen. Wenn wir uns auch mit einer so radicalen Umgestaltung des Parteilebens nicht einverstanden erklären können, so glauben wir doch, daß ein Körnchen Wahrheit in dieser Auffassung liegt, und das finden wir in der Nothwendigkeit, die sociale Frage aus den Parteibestrebungen auszulösen und sie als ein Gebiet zu betrachten, auf welchem sich alle Freunde von Gesetz und Ordnung die Hände reichen müssen. Nur so werden wir der Schwierigkeiten der bevorstehenden Entwickelung Herr werden.

Leipzig, 12. Mai 1884.

* Die dem **Bundesrath** vorliegende und in den nächsten Tagen im Reichstag zu erwartende Vorlage über Einrichtung directer Postdampferlinien von deutschen Häfen nach Ostasien und Australien hat in der öffentlichen Meinung eine im Allgemeinen recht günstige Aufnahme gefunden. Der Werth, den solche Dampferverbindungen für die politischen, commerciellen, postalischen und Marine-Interessen Deutschlands haben, wird allseitig anerkannt und es wird auch zugegeben, daß als Ersatz für die Anforderungen, welche die Post- und Marineverwaltung, zum Theil für offenbar staatliche Zwecke, erheben müssen, eine staatliche Subvention, wie sie andere Länder in viel weiterem Umfang gewähren, gerechtfertigt ist und daß ohne solche vom privaten Unternehmungsgeist lediglich aus eigenen Mitteln nicht erwartet werden kann, daß er sich der Lösung dieser Aufgabe unterzieht. Auch in Kreisen, welche sonst von Staatsunterstützung und Staatseinmischung in wirthschaftlichen Verhältnissen nichts wissen wollen, hat der Plan Billigung gefunden; in den nächstbetheiligten Städten der deutschen Seeschifffahrt verhält man sich keineswegs ganz ablehnend. Gegen Einzelheiten des Vorschlags wird noch manches Bedenken erhoben werden, im Princip aber ist derselbe der Zustimmung der Mehrheit der Nation und ihrer Vertreter sicher. Der Reichskanzler geht von einem offenbar nicht gerechtfertigten Mißtrauen aus, wenn er in einem Schreiben an den Vorsitzenden des deutschen Colonialvereins, Fürsten Hohenlohe-Langenburg, bemerkt: „Wenn ich auch im Hinblick auf die Samoafrage und in Erwägung der im Reichstage vorherrschenden Tendenzen auf einen unmittelbaren Erfolg des gestellten Antrages kaum rechne, so halte ich es doch für Pflicht der verbündeten Regierungen, sich von der Anregung solcher Einrichtungen, von denen sie eine Förderung nationaler Wohlfahrt erwarten, durch Unwahrscheinlichkeit der Zustimmung des jeweiligen Reichstages nicht abhalten zu lassen." Bei der durch die deutsche Nation heutzutage gehenden Strömung ist überhaupt jedes Unternehmen wärmster Sympathie sicher, in welchem man einen Keim und Anfang einer activeren überseeischen und colonialen Politik erblicken zu können glaubt. Inwiefern der Postdampfer-Vorlage dieser Charakter innewohnt, inwiefern sie zu weiteren Consequenzen in dieser Richtung führen wird, läßt sich heute noch nicht übersehen: Thatsache ist aber, daß gerade unter diesem Gesichtspunct einer activeren überseeischen und colonialen Politik die Vorlage in weiten Kreisen freudig begrüßt worden ist. Seit Jahren hat keine Frage einen so mächtigen Widerhall in der Nation gefunden, daß allgemeine Interesse in solchem Maße auf sich gezogen, wie die Colonialfrage, und wenn diese Bestrebungen bisher praktische Ergebnisse in so geringem Umfang gehabt haben, so ist daran zum großen Theil die kühle Zurückhaltung schuld, welche die Reichsregierung beobachtet hat. Eine kräftige active Politik in dieser Frage würde die begeisterte Zustimmung des ganz überwiegenden Theils der Nation finden. Gerade jetzt ist der Augenblick gekommen, wo, vielleicht zum letzten Male, die Frage überseeischer Erwerbungen, Colonisationen oder doch wenigstens Handelsniederlassungen an die civilisirten Nationen herantritt. Welche Regsamkeit andere Staaten, England und Frankreich voran, auf diesem Gebiete entfalten, steht vor Aller Augen. Der private Unternehmungsgeist der Deutschen hat sich freilich in der ganzen Welt Gebiete für ersprießliche Thätigkeit errungen, aber es würde ihn durchaus nicht lähmen, so wenig wie den englischen, wenn damit eine active staatliche Politik Hand in Hand ginge. Jetzt eben vollziehen sich in Westafrika Vorgänge, welche die wirthschaftliche Erschließung des schwarzen Erdtheils in nahe Aussicht stellen und Perspectiven von der größten Tragweite eröffnen. Wir sehen die meisten großen Regierungen an der Arbeit, ihren Völkern den gebührenden Antheil an dieser verheißungsreichen Zukunft zu sichern. England und Frankreich, Nordamerika, selbst Italien und Spanien verfolgen die „Congofrage" mit der gespanntesten Aufmerksamkeit und drohen auch hier wieder Deutschland den Rang abzulaufen. Wir sind in diesen Fragen der überseeischen Politik offenbar noch zu sehr in veralteten Traditionen und Gewohnheiten befangen, als ob Deutschland in solchen Dingen nichts zu suchen oder sich zu begnügen habe, unter dem zweifelhaften Schutze fremder Nationen seinen Handelsinteressen nachzugehen. Möchten die kleinen Anzeichen nicht trügen, daß auch in unseren leitenden Kreisen ein Umschwung in dieser Beziehung sich zu vollziehen beginnt!

* Ueber die Verhandlungen, welche seit der Veröffentlichung des Gesetzentwurfs über die Subvention von Post-Dampfschiffverbindungen mit Rhedern stattgefunden haben, schreibt man der „Frankfurter Zeitung":

Der „Norddeutsche Lloyd" in Bremen oder dessen Vorsitzender, der Reichstagsabgeordnete H. H. Meier, will nur eine Hauptlinie, nämlich von Bremerhaven nach der Insel Ceylon einrichten, mit Zweiglinien von dort einerseits nach China und Japan, andererseits nach Australien. Auf diese Weise würde eine Hauptlinie, deren das Regierungsproject zwei enthält (Hamburg oder Bremen nach Hongkong und Hamburg oder Bremen nach Australien direct), in Wegfall kommen und dadurch eine Kostenersparniß von mindestens einem Drittheil eintreten, dagegen aber auch dann kaum noch die neuen deutschen Post-Dampfschiffslinien als eine Verbindung ersten Ranges bezeichnet werden können. Auch würde thatsächlich die Zahl der directen Postexpeditionen ab Deutschland, welche die Regierungsvorlage zusammen auf 26 im Jahre ansetzt, der Hauptsache nach auf 13 reduzirt werden. Endlich würde die Ueberfahrtszeit nach Australien um 5—6 Tage, nach China und Japan um etwa 3 Tage verlängert werden. Ferner wollte Herr Meier die neuen Linien mit denjenigen Schiffen des „Norddeutschen Lloyd" besetzen, welche durch die Einstellung der neuen sogenannten Schnelldampfer auf der Route zwischen Bremen und New-York überflüssig geworden sind. In Regierungskreisen ist man bisher noch wenig geneigt gewesen, diese Offerte anzunehmen, namentlich stieß der Vorschlag, nur eine gemeinsame Hauptlinie des Ceylon zu errichten, auf Bedenken. Herr Meier ist veranlaßt worden, seine Offerte umzuarbeiten und jetzt damit beschäftigt. — Alle übrigen Rhedereien wollen neue Schiffe bauen lassen, verlangen dafür aber auch eine entsprechend größere Subvention. Die Deutsche Dampfschiffs-Rhederei in Hamburg hat geltend gemacht, daß sie seit zehn Jahren mit großen Opfern eine regelmäßige monatliche Dampfschiffsverbindung zwischen Hamburg und Ostasien hergestellt habe, daß sie, falls ihr durch eine Postdampfschiffslinie Concurrenz erwachse, gezwungen sein würde, zu liquidiren, und daß sie deshalb glaube, in erster Linie Berücksichtigung zu verdienen, wenn es zur Errichtung einer subventionirten Linie nach Ostasien wirklich komme. Die australische Dampfschifflinie des Herrn Sloman ist bereit, eine entsprechende Anzahl neuer Schnelldampfer einzustellen, wenn die Subvention in genügender Weise erhöht würde. Endlich war auch Herr O'Swald, der Vorsitzende der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft, hier thätig, doch konnte ich nicht bestimmt erfahren, ob für diese Gesellschaft oder für die „Deutsche Dampfschiffs-Rhederei", deren Vorstande er ebenfalls angehört. So viel scheint übrigens schon festzustehen, daß die Regierung einsieht, mit 4 Millionen Mark sei nicht auszukommen und man werde, falls etwas wirklich Tüchtiges geschaffen werden solle, tiefer in den Reichssäckel greifen müssen.

In einem Schreiben des Fürsten Bismarck an den Fürsten Hohenlohe-Langenburg, sagt der Kanzler, daß er „in Erwägung der im Reichstage vorherrschenden Tendenzen auf einen unmittelbaren Erfolg des gestellten Antrages kaum rechne". Nach den vorstehenden, offenbar von unterrichteter Seite kommenden Einzelheiten sind zunächst praktische Schwierigkeiten zu überwinden, welche es zweifelhaft erscheinen lassen, ob die Regierungsvorlage genügend vorbereitet, ob insbesondere die Subvention ausreichend bemessen ist. Was dagegen den Reichskanzler veranlaßt, auf einen „unmittelbaren Erfolg im Reichstag nicht zu rechnen", ist unverständlich; eine ähnliche Vorlage ist noch niemals gemacht worden, und in der liberalen Presse ist die gegenwärtige Vorlage fast ausnahmslos sympathisch aufgenommen worden.

* Die Budgetcommission des Reichstags trat am Sonnabend Vormittag vor der Plenarsitzung in die Berathung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1882/83 und prüfte die dabei vorgekommenen Etatsüberschreitungen. Bei dieser Gelegenheit gab der Etat der Postverwaltung den Abgg. Dr. Möller und Dr. Schrader Gelegenheit, den dringenden Wunsch geltend zu machen, daß den im Dienst so sehr angestrengten Postbeamten in liberalster Weise Sommerurlaub gewährt werden möge. Der Vertreter der Post-